

Unknown Title

Zum 1. Mai fordern die Gewerkschaften mehr Freizeit und mehr Lohn

[Im Browser lesen](#)

Neue Zürcher Zeitung



Der andere Blick

von Susanne Gaschke
Autorin NZZ Deutschland

Lieber Herr Nieporte

Heute geht es um die wirklichen Gründe für die Anti-Israel-Demos an amerikanischen Universitäten und die schwierige Partnersuche der CDU. Doch zunächst zum Kommentar.

Neue Zürcher Zeitung

Sichern Sie sich jetzt 1 Monat für 1 Euro

[Jetzt abonnieren](#)

Thema des Tages: Bloss nicht mehr anstrengen – Deutschland auf dem Weg zum Freizeitparadies



Das neue deutsche Arbeitsideal? Sommerfrische an der Ostsee.

Heribert Proepper / AP

«Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit» – unter diesem Motto ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund zu seinen diesjährigen Kundgebungen am 1. Mai im ganzen Land auf. Einerseits hat es schon sprachlich eine leichte Ironie, wenn man am arbeitsfreien «Tag der Arbeit» mehr Freizeit verlangt. Andererseits waren bessere Arbeitsbedingungen – zum Beispiel die 40-Stunden-Woche oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – immer Gegenstand gewerkschaftlicher Forderungen.

Warum also nicht erneut für weniger Arbeit und eine bessere Work-Life-Balance demonstrieren, idealerweise bei mehr Lohn und in möglichst sicheren Verhältnissen?

Der Slogan wirkt trotzdem eigenartig, jedenfalls wenn man ihn mit den grossen Kampfbegriffen der historischen Arbeiterbewegung vergleicht, mit Worten und Werten wie «Freiheit», «Gerechtigkeit» und «Solidarität». Oder mit Liedzeilen wie «Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will» aus dem Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbands von 1863. In ihnen schwangen ein anderer Stolz, ein anderes Gesellschaftsbild, ein anderes Bild der Arbeit und der Selbsttätigkeit mit als in der «Freizeit» bei vollem Lohnausgleich.

Arbeitskräfte sind dramatisch knapp

Den Kampf der Arbeiterbewegung musste nicht jeder gutheissen, schon gar kein Arbeitgeber, der die sozialen Verbesserungen bezahlen sollte. Einig waren sich die Tarifparteien aber immer darin, dass die Arbeit an sich – auch und gerade die harte, in körperlicher Präsenz zu erbringende Arbeit – im Zentrum ihrer Konflikte und Verhandlungen stand.

In der Zeit der deutschen Massenarbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts lautete das wichtigste Thema der Gewerkschaften:

«Arbeit schaffen!» Diese Maxime wurde abgelöst durch die Forderung nach der «guten Arbeit». Inzwischen ist man bei «mehr Freizeit» angekommen. Diese Bewegung vom Grundsätzlichen hin zu den spezielleren Fragen der Lebensqualität wird möglich durch den demografischen Wandel: [Weil in Deutschland, auch im Einwanderungsland Deutschland, viel zu wenig Kinder geboren werden, sind Arbeitskräfte dramatisch knapp](#). Das stärkt die Verhandlungspositionen der Arbeitnehmer, die heute in jeder Hinsicht weit mehr verlangen können als früher.

Ein Land wird lahmgelegt

[Die Berufsanfänger der Generation Z machen das bei ihren Bewerbungsgesprächen sehr deutlich, wie man allenthalben hört](#). Und warum sollten sie das auch nicht tun?

Nur: Was individuell erfreulich sein mag, ist volkswirtschaftlich gefährlich. Der Arbeitskräftemangel auf allen Ebenen und über alle Berufsgruppen hinweg bedroht genau das Wachstum und genau den Wohlstand, die nötig sind, um «mehr Freizeit» und auch «mehr Sicherheit» zu finanzieren. «Wie der Mangel an Fachkräften das Land lahmlegt», titelte der «Spiegel» im Sommer 2022. Seither hat man sich in Deutschland an solche Überschriften gewöhnt.

Die Mangelsituation wird an allen Ecken und Enden deutlich: Arztpraxen sind telefonisch oft kaum noch erreichbar. Termine in der Autowerkstatt werden vielerorts über Monate im Voraus vergeben. Bauverwaltungen brauchen Jahre für einfache Genehmigungen. Restaurants verkürzen ihre Öffnungszeiten. Mit Klempnern muss man fast schon befreundet sein, um sie zu einem Hausbesuch zu überreden. Bauunternehmen können Aufträge nicht mehr erfüllen. Fabriken drosseln ihre Produktion.

ANZEIGE



Frühlingserwachen in Freiburg

Der mehrsprachige Kanton Freiburg umfasst mittelalterliche Städte, pittoreske Voralpen und tiefblaue Gewässer. Im Frühjahr zeigt sich die Destination von ihrer Sonnenseite und lädt zu Wanderungen, Stadt-Erlebnissen und unvergesslichen Abenteuern ein.

Im rot-grün-liberalen Lager gibt es die Vorstellung, das Problem lasse sich vorzugsweise durch Zuwanderung lösen. Aber bisher ist es nicht gelungen, genau jene gut ausgebildeten Fachleute aus dem Ausland anzuwerben, die der deutsche Arbeitsmarkt braucht. Und für die vielen Flüchtlinge und Migranten, die seit Jahren nach Deutschland kommen, ist der Weg in den Arbeitsmarkt aus verschiedenen schlechten Gründen sehr weit.

Deutsche Politiker müssten sich daher dringend Gedanken darüber machen, wie sie alle zu mehr Arbeit und zu weniger Freizeit motivieren können – die verhandlungsstarken Berufseinsteiger, die mittleren Jahrgänge und auch diejenigen, die mit der Frühverrentung flirteten.

Geringverdiener wollen nicht die Dummen sein

Denn genau das, motiviert, sind zu viele nicht. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Jahresbeginn stimmt eine Mehrheit der Deutschen der Aussage zu, man sei hierzulande der Dumme, wenn man sich anstrengt und viel arbeitet. Spannend dabei ist, dass bei den Befragten mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsabschluss fast 70 Prozent dieser Meinung sind. Bei den Mittelgutsituierteren sind es 55 Prozent, bei den besserverdienenden Akademikern immer noch knapp 40 Prozent.

Der Sozialwissenschaftler Gerd Held zieht daraus einen so plausiblen wie beunruhigenden Schluss: Es gebe in Deutschland eine Demotivierung sowohl von unten als auch von oben, schreibt er: [«Von unten» mache ein fast lohngleiches «Bürgergeld» die Arbeit unattraktiv; für viele Menschen rechne es sich schlicht nicht mehr, einer anstrengenden, in Schichten getakteten oder Wind und Wetter ausgesetzten Tätigkeit nachzugehen](#).

Und «von oben» entwerte die stetig voranschreitende Akademisierung – seit Jahrzehnten ein Ziel, ja geradezu ein Dogma sozialdemokratischer Bildungspolitik – die vermeintlich einfachen Beschäftigungsverhältnisse.

Das leuchtet ein: Wenn inzwischen 56 Prozent eines Jahrgangs ein Studium aufnehmen (im Jahr 2000 waren es erst 33 Prozent), dann führt das zwangsläufig zu einer Zunahme der vielleicht interessanten, aber unproduktiven Beschäftigungsverhältnisse. Das gilt beispielsweise in Teilen des öffentlichen Dienstes, bei vielen Agenturen oder in staatlich finanzierten NGO – in den, so könnte man es unfreundlich zusammenfassen, uneigentlichen Dienstleistungen.

«Respekt» lässt sich nicht verordnen

Wenn die vergleichsweise harten, nichtakademisierten Tätigkeiten, die sich zudem nicht bequem ins Home-Office verlegen lassen, immer stärker als Verlierer-Jobs angesehen werden – ist es dann nicht verständlich, dass viele Berufstätige aus diesen Bereichen lieber das Bürgergeld wählen, sich in die Frührente zurückziehen oder krankmachen?

Der sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz hatte dieses Problem im Prinzip erkannt und in seinem erfolgreichen 2021er Wahlkampf auch angesprochen: Die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde und die pointierte Verwendung des Begriffs «Respekt» kamen bei vielen Wählern gut an.

Erkennbar gefruchtet haben allerdings weder Mindestlohn noch Respektrhetorik. Das dürfte daran liegen, dass es eben nicht hilft, von oben herunter «Respekt» zu verordnen. Die selbstgewissen akademisierten Mittelschichten müssen vielmehr einen Weg finden, diesen tatsächlich zu leben. Das gilt auch für arrivierte Gewerkschaftssekretäre, die nach mobilisierenden Slogans für den «Tag der Arbeit» suchen.